



Alexander Koop, Daniela Röß, Christina Tillmann

## Mitwirkung mit Wirkung oder: Wie können Bürger effektiv und effizient in die Gestaltung von Politik eingebunden werden?



Muss man in Zeiten von Stuttgart 21 eigentlich noch erklären, warum man sich mit der Frage der Einbeziehung von Bürgern in politische Debatten und Entscheidungen beschäftigt? Wir denken ja – denn Stuttgart 21, die Hamburger Schulreform und was darüber hinaus an aktuellen Beispielen durch die Medien geht, sind alles Symptome und Anzeichen für einen tiefgehenden Prozess in unserer Gesellschaft. Die Rahmenbedingungen für unsere Demokratie haben sich ebenso verändert wie die Erwartungen der Bürger an politische Teilhabe. Immer weniger Menschen beteiligen sich an Wahlen<sup>1</sup> oder sind bereit, sich in Parteien und Verbänden zu engagieren<sup>2</sup>. Zur gleichen Zeit zeigen aber auch gerade diese Auseinandersetzungen, dass die Bürger Interesse an Politik haben und sie sich an politischen Entscheidungen beteiligen wollen. Unsere repräsentative Demokratie ist durch unterschiedliche Entwicklungen in den vergangenen Jahren unter Druck geraten – Entwicklungen, die eine Vitalisierung der Demokratie in Deutschland, eine Reaktion auf die veränderten Rahmenbedingungen, erforderlich machen.

### Warum ist eine Vitalisierung der Demokratie notwendig?

Bürger in Deutschland stellen die *Legitimation von politischen Entscheidungen* zunehmend in Frage. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Die Internationalisierung in den vergangenen Jahren ging mit einem Machtzuwachs der Exekutive einher. Entscheidungen auf internationaler Ebene (sei es in den Vereinten Nationen oder der Europäischen Union) werden von Regierungen oft ohne Rückbindung an die Bürger oder gar die gewählten Parlamente getroffen. Die Rolle der Bürger beschränkt sich fast ausschließlich auf die Stimmabgabe bei Wahlen – Europa-, Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahlen. Danach entscheiden ihre gewählten Vertreter im Stadtrat, im Parlament oder die Regierungen bei vielen internationalen Fragestellungen zumeist ohne Rückkopplung. Wenn jedoch die Wahlbeteiligung ebenso sinkt wie die Bindungskraft der politischen Parteien, die damit ihre verfassungsrechtliche Rolle in der Meinungs- und Willensbildung immer weniger ausüben können, stellt sich die Frage, wie legitim politische Entscheidungen überhaupt noch sind.

Die sinkende Beteiligung der Bürger an Wahlen oder ihre Mitarbeit in Parteien sind auch Zeichen eines *Vertrauensverlustes* der Bürger in die Politik und ihre politischen Institutionen. Zum einen trauen Bürger der Politik nicht mehr in ausreichendem Maße zu, relevante Probleme in unserer Gesellschaft tatsächlich zu lösen<sup>3</sup> und wichtige Reformen in zentralen Bereichen wie Bildung, Gesundheit oder Klimaschutz voranzutreiben. Die Orientierung an kurzfristigen Zielen und Wiederwahlinteressen scheinen bei der Politik mehr Gewicht zu haben als die langfristige und nachhaltige Lösung von Problemen. Zum anderen führen inhaltsleere Wahlkämpfe von Parteien, das Fehlverhalten Einzelner, das fehlende Gespür der Politik für die Probleme und Bedürfnisse der Bevölkerung zu einem Desinteresse der Bürger, sich über klassische Kanäle (insbesondere Parteien, Wahlen) zu beteiligen.

Zudem sind einige Gruppen mit ihren Interessen weniger gut repräsentiert als andere – die *Teilhabeberechtigte* ist nicht flächendeckend gegeben. Bildung für alle Bürger hat nicht dazu geführt, dass sich alle gesellschaftlichen Gruppen in gleichem Maße an politischen Prozessen beteiligen bzw. beteiligen können (Schäfer 2009). Davon sind insbesondere Bildungsverlierer und Zuwanderer betroffen. Schon anspruchsvollere Formen der Beteiligung wie Bürgerbegehren oder Volksentscheide auf Länder- oder Kommunalebene werden von dieser Bevölkerungsschicht aufgrund komplizierter Ver-

<sup>1</sup> Zur Wahlbeteiligung: [http://www.bpb.de/wissen/NI4JFC,0,0,Wahlbeteiligung\\_nach\\_Bundesländern.html](http://www.bpb.de/wissen/NI4JFC,0,0,Wahlbeteiligung_nach_Bundesländern.html)

<sup>2</sup> Mitgliederschwund in Parteien. SPD: Höchster Stand 1976 1.022.000 Mitglieder. Niedrigster Stand 2008 520.969 Mitglieder. CDU: Höchster Stand 1983 735.000. Niedrigster Stand 2008 528.972 Mitglieder. Der Rückgang von Parteimitgliedern betrifft auch die Parteien CSU, FDP und Die Grünen. <http://www.bpb.de/themen/1YML48,0,Mitgliederentwicklung.html>

<sup>3</sup> [http://www.bertelsmannstiftung.de/cps/rde/xchg/SID-3902115C-7C7983FB/bst/hs.xsl/nachrichten\\_102347.htm](http://www.bertelsmannstiftung.de/cps/rde/xchg/SID-3902115C-7C7983FB/bst/hs.xsl/nachrichten_102347.htm)



fahren und hoher Hürden selten aktiv ausgeübt. Zuwanderer sind von Wahlen auf Länder- und Bundesebene ganz ausgeschlossen (Wüst/Heinz 2009). Soziale Ungleichheit wirkt sich somit auch auf die politische Gleichheit aus.

Die Probleme, denen die Gesellschaft heute gegenübersteht, werden zunehmend komplexer: Der Wandel sozialer Normen, neue Technologien, grenzüberschreitende Konflikte sowie ökologische und ökonomische Krisen sind nur einige Beispiele dafür. Und gleichzeitig verteilt sich das Wissen, das für die Lösung der Probleme notwendig ist, auf immer mehr und sehr verschiedene Akteure. Politik kann sich heute eben nicht mehr darauf verlassen, dass relevantes Wissen von Experten, Instituten, Agenturen, Universitäten und Verwaltungsmitarbeitern beigesteuert wird – auch Bürger und zivilgesellschaftliche Akteure sind Träger von politikrelevantem Wissen. Politik ist also auf kollaborative Formen der Wissensgenerierung und Entscheidungsfindung angewiesen. (Vgl. Collet/Tillmann/Schwickert 2011)

Wir alle kennen diese oft zitierten Zahlen und Trends: sinkende Wahlbeteiligung, abnehmende Mitgliederzahlen von Parteien und Verbänden sowie ein merklicher Vertrauensverlust der Bürger in die Politik und die politischen Institutionen. Neben diesen düsteren Entwicklungen sind allerdings auch positive Trends erkennbar: Das themenorientierte und punktuelle Engagement von Bürgern ist hoch. Bürger haben offenbar ein hohes Interesse an politischen Fragestellungen und Entscheidungen. Insbesondere dann, wenn sie direkt betroffen sind. Über 6.000 Bürger- und Volksbegehren und -entscheide auf kommunaler und Landesebene in den letzten 20 Jahren zeigen eindrucksvoll: Der Souverän, das Volk, will sich mehr engagieren. Im Moment äußert sich dieses Interesse allerdings eher als destruktives ‚Nein‘ zu politischen Entscheidungen, wie wir es in Stuttgart mit verfolgen konnten. Das Unwort des Jahres ‚Wutbürger‘ ist bezeichnend für diesen Trend. Ein stetiges, kontinuierliches und konstruktives Engagement der Bürger lässt noch auf sich warten.

## Wie können diese Herausforderungen adressiert werden?

Demokratie basiert auf einem ständigen Aushandlungsprozess zwischen der Politik und dem Volk, der sich auf einem Kontinuum zwischen den Prinzipien „Herrschaft für das Volk“ und „Herrschaft durch das Volk“ bewegt. Direktere Beteiligung steht nicht per se im Widerspruch zur repräsentativen Demokratie und es ist weder als Wunsch der Bürger (fehl) zu deuten, dass alle Entscheidungen direktdemokratisch gefasst werden sollten, noch wäre dies in allen Belangen förderlich für die Reformfähigkeit und den Schutz von Minderheiteninteressen. Vielmehr besteht die Aufgabe darin, neue Formen direkter Teilhabe in einigen Bereichen zu ermöglichen, um damit generell das repräsentative System zu stärken.

Ausschlaggebend für die Weiterentwicklung unserer Demokratie wird es sein, diejenigen Wege zu finden, zu erproben und zu institutionalisieren, über die Bürger frühzeitig, ernsthaft und langfristig an politischen Prozessen beteiligt werden können. Dabei ist es wichtig, Bürger in allen Phasen des politischen Prozesses einzubinden. Doch welche Auswirkungen hat das auf die Funktionsfähigkeit von Regierungen, von Kommunen? Wird zu viel Bürgerbeteiligung nicht eher dazu führen, dass die tatsächliche Problemlösungsfähigkeit weiter geschwächt und verwässert wird? Wie ist dieser vermeintliche Widerspruch zwischen klassischer Strategie- und Handlungsfähigkeit einer staatlichen Einheit und dem Anspruch, gleichzeitig auch die Input-Legitimation zu stärken, also der möglichst breiten politischen Teilhabe der Vielen, aufzulösen? (Vgl. Gohl 2010)

Damit das allerdings nicht zu einer Verlangsamung von Entscheidungen und Ineffizienz führt, muss Bürgerbeteiligung von Anfang an bei der Planung von politischen Vorhaben und strategischen Politikprozessen mitgedacht werden. Doch wie sollten politische Prozesse aussehen, die Bürger „auf Augenhöhe“ einbeziehen, wenn gleichzeitig gewährleistet sein muss, dass der oft damit verbundene Mehraufwand vertretbar bzw. überhaupt leistbar ist? Die Ressourcen der Verwaltungen werden nicht größer und der Handlungsspielraum, insbesondere der Kommunen, nimmt beständig ab. Die auf den ersten Blick vermutete Widersprüchlichkeit dieser beiden Anforderungen lässt sich nur dann auflösen, wenn Bürgerbeteiligung schon bei der Planung politischer Prozesse „eingebaut“ wird.

**Die Kernfrage ist also: Wie kann die Beteiligung von Bürgern in ein strategisches Gesamtkonzept von Politik eingebettet werden, wie kann sie glaubwürdig und transparent gestaltet und professionell organisiert werden?**

## Internationale Lösungsansätze – Reinhard Mohn Preis 2011 der Bertelsmann Stiftung

Um diese Fragen beantworten zu können, hat die Bertelsmann Stiftung für den Reinhard Mohn Preis 2011 den Blick über den Tellerrand gewagt und unter dem Titel „Demokratie vitalisieren – politische Teilhabe stärken“ international nach staatlichen Institutionen gesucht, denen es gelungen ist, Bürger mit innovativen Ansätzen und Methoden wirksam an Politik zu beteiligen. Denn weltweit wird heute mit vielfältigen Formen der politischen Beteiligung experimentiert – zuweilen mutiger und nachhaltiger, als dies hierzulande bisher der Fall ist. Diese internationale Recherche hat einen Fundus an Projekten und Ansätzen hervorgebracht, wie Bürger erfolgreich an politischen Entscheidungen und deren Umsetzung beteiligt werden können. Im Sommer 2010 wurden auf der Plattform [www.vitalizing-democracy.org](http://www.vitalizing-democracy.org) von Wissenschaftlern, Praktikern und Bürgern insgesamt 123 Projekte aus 36 Ländern vorgeschlagen, diskutiert und anhand von sieben Kriterien bewertet, die die Demokratie im jeweiligen Land vitalisieren



und voranbringen. Im Frühjahr 2011 sind 12.000 repräsentativ ausgewählte Bürger eingeladen, über den Preisträger zu entscheiden, der im Juni 2011 ausgezeichnet wird.

Es verwundert nicht, dass von den sieben Finalistenprojekten sechs auf kommunaler und eines auf Provinzebene angesiedelt sind. Vielmehr unterstreicht diese Verteilung die enorme Bedeutung der lokalen Ebene bei der Entwicklung und Erprobung von innovativen Ansätzen der Verknüpfung von Dialogverfahren mit verwaltungsinternen Steuerungsprozessen. Alle sieben Projekte haben das Potenzial, die Debatte in Deutschland zu beleben.

So initiierte die Stadtverwaltung in *Hampton/USA* einen umfangreichen Beteiligungsprozess, der insbesondere Jugendliche in die Entwicklung einer Strategie zur Bekämpfung sozialer Probleme (Jugendarbeitslosigkeit und -kriminalität, Drogenkriminalität etc.) in der Region einbezog. Der Stadt ist es über die letzten 20 Jahre gelungen, Bürgerbeteiligung nachhaltig in den politisch-administrativen Prozess zu integrieren und einen Kulturwandel zu erreichen, der umfangreiche politische Beteiligung zu einem integralen Bestandteil der politischen Kultur macht. Und es hat sich ausgezahlt: Schulabbrecherquoten, Arbeitslosigkeit, Kriminalität sinken. Ein anderer Indikator steigt: Die Wahlbeteiligung von Jugendlichen in Hampton liegt 37% über dem Durchschnitt.

In *Portsmouth/USA* können Bürger im Rahmen von sogenannten Studienzirkeln ihre Meinung zu unterschiedlichen Themen und komplexen inhaltlichen Fragestellungen wie zum Beispiel Schulentwicklung und Nachhaltigkeit einbringen. Sie erarbeiten sich eigenständig eine breite Informationsbasis zu dem jeweiligen Thema, lernen gemeinsam und tauschen sich in Kleingruppen über ihre oft unterschiedlichen Standpunkte aus. Der ursprünglich von einer Nichtregierungsorganisation angestoßene Prozess ist heute zentraler Bestandteil der Stadtverwaltung, der Bürger dazu motiviert sich, auch über große und pauschale Richtungsentscheidungen hinaus in unterschiedlichen Themenbereichen zu beteiligen. Der Stadtrat hört die in den Studienkreisen erarbeiteten Empfehlungen öffentlich an, reagiert darauf und bezieht sie in seine Entscheidung ein.

In *Recife, Belo Horizonte/Brasilien* und *La Plata/Argentinien* entscheiden die Bürger selbst im Rahmen mehrstufiger Beteiligungsprozesse über die Verwendung eines Teils der Haus-

haltungsmittel der Stadt, schlagen Projekte zur Verbesserung ihrer Stadtteile vor, wählen sie aus und beaufsichtigen am Ende sogar deren Umsetzung. So gelingt es den drei Städten nicht nur, die knappen Mittel bedarfsgerecht einzusetzen, sondern zugleich einen erheblichen Teil der Bevölkerung (bis zu 20%) regelmäßig in politische Entscheidungen einzubinden – und das, beispielsweise in Belo Horizonte, bereits seit 17 Jahren. In Recife und Belo Horizonte können Bürger zudem als Delegierte durchgehend an stadtweit relevanten Themen, wie Gesundheit oder Wohnsituation mitwirken, Prioritäten definieren und Vorhaben kontrollieren. Auch Schüler werden in



Abb. 1: 123 Projektvorschläge aus 36 Ländern weltweit

Recife zur Mitbestimmung eingeladen und so frühzeitig mit der Demokratie vertraut gemacht.

Die Stadtverwaltung in *Geraldton/Australien* nutzt innovative Verfahren zur Entwicklung eines Regionalentwicklungskonzeptes: Die Verknüpfung von Methoden wie Umfragen, World Cafes, Deliberative Polls und einer Online-Plattform, auf der Projektvorschläge vorgestellt und nach Mitstreitern gesucht werden kann, macht das Beispiel Geraldton interessant. Die Ergebnisse sind schon in die strategische Planung der Stadt aufgenommen worden und erste konkrete Projekte werden bereits umgesetzt.

Auch Provinzregierungen beziehen Bürger mit ein. So hat *British Columbia/Kanada* im Jahr 2005 eine repräsentativ zusammengesetzte Versammlung aus 160 Bürgern einberufen. Diese sollten über ein Jahr hinweg eine Empfehlung erarbeiten, ob es ein neues Wahlrecht geben sollte und wenn ja welches. Die letztendliche Entscheidung darüber wurde dann in einem Volksentscheid aller Bürger der Provinz getroffen. Die Teilnehmer wurden zu Experten in Wahlrechtsfragen, debattierten unter-



einander und mit ihren Mitbürgern – doch viel wichtiger noch, sie schafften es, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen.

Diese Projekte zeigen, dass es auch jenseits der klassischen formellen Verfahren eine ganze Bandbreite an Möglichkeiten gibt, Bürger in politische Prozesse einzubeziehen. Die Projekte machen deutlich, wie Bürgerbeteiligung effektiv und effizient in politische Steuerungsprozesse eingebettet werden kann und eben durch diese Verknüpfung einen Mehrwert für die Beteiligten schafft. Die Mehrwerte liegen klar auf der Hand: Die Akzeptanz der politischen Entscheidungen ist ebenso gestiegen wie das Vertrauen der Bürger in politische Entscheidungsträger und Institutionen.<sup>4</sup>

Das Potenzial dieser Beispiele für die kommunale Ebene in Deutschland liegt eben genau in dieser integrierten Betrachtung und der prozesshaften Sicht auf Bürgerbeteiligung. Aus der Gesamtschau aller Beispiele lassen sich vier Handlungsbereiche ableiten, in denen Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die beschriebene Vitalisierung der Demokratie voranzutreiben:

## Direkte Formen der Beteiligung

Staatliche Institutionen können Bürger direkter in politische Prozesse einbinden, und zwar nicht nur punktuell und themenorientiert, sondern auch kontinuierlich und langfristig.



Abb. 2: Bürgerbeteiligung als „Win-win-win-Situation“

Direkte Beteiligung von Bürgern steht dabei mitnichten im Widerspruch zum repräsentativen System, sondern sie kann eine sinnvolle Ergänzung sein; sie kann die repräsentative Demokratie bereichern. Der Rechtsrahmen für Entscheidungsprozesse muss daher auf allen Ebenen und Bereichen auf die Möglichkeit einer direkten Beteiligung der Betroffenen und

Bürger geprüft und erweitert werden. Beteiligung muss dort ansetzen, wo Bürger mitreden wollen – nicht dort, wo Politik und Verwaltung es gern hätten. Zugleich muss sie ergebnisoffen sein und damit einen Teil der Entscheidungsmacht faktisch abgeben. Eine besondere Rolle für neue Formen der Beteiligung spielt dabei auch die Nutzung neuer Medien. Sie können Versammlungen oder Workshops sinnvoll ergänzen und dazu genutzt werden, größere Teile der Bevölkerung mit einzubeziehen. Projekte, wie die Bürgerhaushalte in Recife und Belo Horizonte in Brasilien oder in La Plata in Argentinien zeigen auch, dass die Nutzung neuer Medien keinesfalls mit dem Ausschluss von Teilen der Bevölkerung im Sinne des „Digital Divide“ einhergehen muss. So ließen sich betreute, mobile PC-Stationen auch in Deutschland einsetzen, um dem entgegenzuwirken. Den Finalisten ist es gelungen, Bürger frühzeitig und erfolgreich zu beteiligen. Sie motivierten die Bürger zum Engagement und arbeiteten kooperativ, sachbezogen und vertrauensvoll zusammen. Dadurch sind sowohl die Akzeptanz als auch die Qualität und der Innovationsgrad der politischen Entscheidungen erheblich gestiegen.

## Inklusion stärken – Politisch unterrepräsentierte Gruppen fördern

Die Unterrepräsentation bestimmter Bevölkerungsgruppen in der Politik ist per se sicher kein deutsches Phänomen. Auf der anderen Seite weisen zahlreiche Studien jedoch darauf hin, dass das Bildungssystem in keinem anderen Land so starke Unterschiede produziert und zulässt wie das deutsche. Das wirkt sich auch auf die Chancen für politische Beteiligung aus. Neben generellen Anpassungen im Bildungssystem sollten die Schüler stärker direkt in die Ausgestaltung ihrer Schule und ihrer Umgebung einbezogen werden und damit demokratisches Verhalten in der Praxis erlernen. Beispiele hierzu sind die Schülerhaushalte in Recife, Brasilien, bei denen alle Schüler Verbesserungsvorschläge einreichen, als Delegierte fungieren und mit einem eigenen Budget Maßnahmen beschließen und durchführen können. Ein weiterer Ansatzpunkt besteht zudem darin, Beteiligungsverfahren zu etablieren und so zu gestalten, dass sie unterrepräsentierte Gruppen besonders ansprechen und mobilisieren. Auch hier lohnt der Blick ins Ausland. So gelingt es beispielsweise den brasilianischen Bürgerhaushalten, in hohem Maße bildungsferne und einkommensschwache Teile der Bevölkerung einzubinden, indem ihnen die Entscheidung über die Verwendung eines Teils des Haushalts zur Verbesserung der Infrastruktur in ihrer Nachbarschaft quasi übertragen wird. Ermöglicht wird die Beteiligung dieser Gruppen zudem durch die Übernahme von Transport, Verpflegung und Kinderbetreuung bei Veranstaltungen (wie in Belo Horizonte) oder auch dadurch, dass die Verwaltung direkt in die Nachbarschaft geht, die Anwohner dort direkt einlädt und Veranstaltungen vor Ort organisiert.

## Transparenz und Information

Transparenz und eine gute Informationspolitik verbessern sowohl die Akzeptanz als auch die Qualität von politischen Ent-

<sup>4</sup> Ausführliche Informationen mit Filmen und ausführlichen Fallstudien zu den sieben Projekten sind unter [www.bertelsmann-Stiftung.de/RMP](http://www.bertelsmann-Stiftung.de/RMP) verfügbar.



scheidungen. Informationen müssen für alle Bürger verfügbar, politische Prozesse nachvollziehbar und Hintergründe von politischen Entscheidungen transparent gemacht werden. In diesem Bereich herrscht noch Verbesserungsbedarf. Das Recht auf Information ist nicht in allen Teilen Deutschlands gegeben und ist in der Praxis zumeist nur schwer einzufordern. Viele Daten oder Gutachten der Verwaltung sind für Bürger unzugänglich ebenso wie Informationen über Entscheidungsprozesse wie beispielsweise Sitzungsprotokolle, damit Bürger sich selbst ein Urteil bilden können. Zusätzlich zu diesen beiden „passiven“ Formen der Herstellung von Transparenz ist es zudem notwendig, aktiv über Prozesse und Entscheidungen zu informieren – das heißt vor allem frühzeitig über Vorhaben zu berichten, und zwar bevor die ersten Entscheidungen gefallen sind. Dadurch schaffen staatliche Institutionen ein gutes und solides Vertrauensverhältnis mit den Bürgern, das verdeutlichen die Finalisten des Reinhard Mohn Preises.

### Neue intermediäre Akteure und neue Rolle von Politik und Verwaltung

Das verlorene Vertrauen in die klassischen Repräsentativorgane bewirkt nicht zuletzt, dass auch Angebote der direkten Beteiligung und Informationen unglaublich erscheinen und zunächst auf Ablehnung stoßen. Um die Bürger anzusprechen und zur Beteiligung zu motivieren, sind neue Mittler daher als eine Art Übergangslösung gefragt. Gemeint sind hierbei nicht die klassischen Interessenvertretungen und auch nicht klassische „neutrale“ Akteure. Vielmehr ist es notwendig, Organe für individuelle Beteiligungsverfahren zu etablieren, denen die Bevölkerung ihr Vertrauen im Rahmen eines Verfahrens geben kann. Auch hierfür finden sich zahlreiche Beispiele im Ausland. Bei den brasilianischen Bürgerhaushalten wählen die Bürger Delegiertenräte aus ihren Reihen, die die Interessen ihrer Nachbarschaft über den gesamten Prozess hinweg einbringen und zwischen Nachbarschaft und Verwaltung vermitteln. In British Columbia wurde die Ausarbeitung eines Vorschlags für ein neues Wahlsystem in die Hände von 160 per Zufall und repräsentativ ausgewählten Bürgern gelegt. In Portsmouth, USA, wurde aus einem Beteiligungsprojekt heraus von den Bürgern ein Verein namens „Portsmouth Listens“ gegründet, der weitere Beteiligungsprojekte initiiert und begleitet. All diese Beispiele zeigen, wie nicht nur Vertrauen durch diese neuen Mittler geschaffen und weitere Möglichkeiten der Beteiligung eröffnet werden. Sie machen zugleich deutlich, wie ein Teil sich Demokratie durch intensive, aber zeitlich befristete Übernahme von Rollen gelebt werden kann. Es sind damit Modelle, die sehr gut zu den gewandelten Rahmenbedingungen der modernen Gesellschaft passen. Parteien können und wollen sie nicht ersetzen – aber ergänzen. Hiervon sollten wir lernen.

Die Bertelsmann Stiftung wird nicht nur im Juni 2011 den Reinhard Mohn Preis zum Thema „Demokratie vitalisieren – politische Teilhabe stärken“ vergeben, sondern auch in den nächsten Jahren daran arbeiten, innovative Impulse aus dem

Ausland für die Debatte und Praxis in Deutschland aufzubereiten und Beteiligungsprojekte mit Partnern aus staatlichen Institutionen umzusetzen. Diese geschieht im Rahmen des Projektes „Politik gemeinsam gestalten“, zu dem sie ausführlichere Informationen unter [www.politik-gemeinsam-gestalten.de](http://www.politik-gemeinsam-gestalten.de) finden.

Christina Tillmann, Projektleitung

Alexander Koop und Daniela Röb, Projektmanager

Projekt „Politik gemeinsam gestalten“, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

### Quellen:

Schäfer, Armin (2009): Wahlbeteiligung in Deutschland: Die soziale und räumliche Kluft wächst. Im Internet unter [http://www.mpifg.de/aktuelles/themen/doks/09-10-05\\_Schaefer\\_Kluft%20der%20Wahlbeteiligung.pdf](http://www.mpifg.de/aktuelles/themen/doks/09-10-05_Schaefer_Kluft%20der%20Wahlbeteiligung.pdf)

Wüst, Andreas M./Heinz, Dominic (2009): Die politische Repräsentation von Migranten in Deutschland. In: Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hg.) (2009): Die politische Repräsentation von Armen und Fremden. Baden-Baden: Nomos, 201-218.

Collet/Tillmann/Schwicker (2011): Wie Politik von Bürgern lernen kann. Potenziale einer politikbezogenen Gesellschaftsberatung.

Gohl, Christopher (2010): Organisierte Dialoge als Strategie.

Hoelscher, Philipp/Ebermann, Thomas/Schlüter, Andreas (Hrsg.) (2010): Venture Philanthropy in Theorie und Praxis. Stuttgart (Maecenata Schriften Bd. 7).

Wolf, Andre (2009): Bürgerstiftungen als Akteure der Stadtentwicklung, Dissertation, RWTH Aachen.

Jäggi, André (2008): Sozialfirmen als Low-Profit-Unternehmen. Mit unternehmerischen Mitteln soziale und ökologische Probleme lösen. In: Stefan Adam (Hrsg.): Die Sozialfirma – wirtschaftlich arbeiten und sozial handeln. Beiträge zu einer sozialwirtschaftlichen Innovation. Bern, S. 18-43.

## Fordern Sie das vhw-Verlagsprogramm an

vhw-Verlags GmbH

Hinter Hoben 149, 53129 Bonn

Telefon: 0228/72599-30

Telefax: 0228/72599-19

E-Mail: [verlag@vhw.de](mailto:verlag@vhw.de)

